

Wichtiger Hinweis: Mit der Scheidung können sich, insbesondere bei einer Familienversicherung, Änderungen im Krankheitskostenschutz ergeben. Bei Zweifeln informieren Sie sich daher bitte bei Ihrem Leistungsträger.

Erläuterungen

zum Ausfüllen der ersten Seite des Fragebogens zum Versorgungsausgleich

Den Fragebogen zum Versorgungsausgleich hat jeder Ehegatte für seine eigenen Versorgungsansprüche und -anwartschaften auszufüllen.

Zweck des Versorgungsausgleichs

Der Versorgungsausgleich soll dafür sorgen, dass die von jedem Ehegatten während der Ehe grundsätzlich für beide Ehegatten erwirtschafteten Anrechte auf spätere Alters- und Invaliditätsversorgung (Rente) bei der Scheidung so verteilt und zugeordnet werden, dass das Rentenversicherungskonto beider Ehegatten einen gleich hohen Zuwachs in der Ehezeit aufweist.

Angaben zur Person

Die Angaben zur Person (Name, Vorname, Geburtsdatum usw.) müssen vor allem den Eintragungen in der Geburtsurkunde entsprechen. Sie sind in erster Linie erforderlich, damit das Beitragskonto bei Ihrem Rentenversicherungsträger einwandfrei ermittelt werden kann. Diesem Zweck dienen auch die Fragen nach dem Geburtsnamen und den „früheren Namen“, unter denen die Versicherungsunterlagen möglicherweise verwahrt werden.

A 1. Angaben zur Versicherungsnummer

Die Versicherungsnummer ergibt sich aus Ihren aktuellen Versicherungsunterlagen.

A 2. Bisheriges Versicherungsverhältnis / Rentenbezug

Zur Klärung des bisherigen Versicherungsverhältnisses in der gesetzlichen Rentenversicherung wird um Beantwortung der Fragen a) bis e) gebeten.

Bitte beantworten Sie diese auch dann, wenn Sie **Beamtin / Beamter, RichterIn / Richter oder Berufssoldat** sind und vor der Berufung in dieses Dienstverhältnis Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben.

a) Wurden Beitrags-, Kindererziehungs-, Ersatz- oder Anrechnungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt ?

Diese Frage ist immer dann zu bejahen, wenn Pflicht- oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt worden sind oder als gezahlt gelten (Beitragszeiten), für Zeiten der Erziehung eines Kindes Kindererziehungszeiten anzurechnen sind oder Ersatz- bzw. Anrechnungszeiten zurückgelegt worden sind.

Ersatzzeiten können sein:

Militärdienstzeiten – Kriegsgefangenschaft – Internierung oder Verschleppung – NS-Verfolgung – Zeiten des Gewahrsams aus politischen Gründen – Vertreibung – Flucht – Umsiedlung oder Aussiedlung.

Anrechnungszeiten können sein:

Zeiten einer Krankheit oder Rehabilitation (Kur) – Zeiten der Schwangerschaft oder Mutterschaft während der Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz – Arbeitslosigkeit – Schul-, Fachschul- oder Hochschulausbildung oder Teilnahme an berufsvorbereitender Bildungsmaßnahme nach Vollendung des 17. Lebensjahres – Zeiten einer versicherungsfreien Berufsausbildung (nach Abschluss der Zeiten einer schulischen Ausbildung) – Zeiten des Bezuges einer Versichertenrente vor dem 55. Lebensjahr.

Nachweise über eine Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Rentenversicherung sind u.a.:

Quittungskarten – Versicherungskarten – Versicherten- bzw. Versicherungsausweise – Aufrechnungsbescheinigungen – Beitragsbescheinigungen – Wiederherstellungsbescheide – Bescheinigungen über in bar gezahlte oder überwiesene Beiträge – Versicherungsverläufe – Entgeltbescheinigungen (Versicherungskarten) aus dem Sozialversicherungsnachweisheft – Ablichtungen der Versicherungskarten – Seefahrtsbücher – Bescheinigungen der Reedereien – Bergmannsbuch – Abkehrscheine – Arbeitgeberbescheinigungen – Rentenbescheide.

Für die Rente bedeutsam können auch die Zeiten einer ausländischen Sozialversicherung sein. Sind solche Zeiten vorhanden, ist Frage F zu bejahen.

b) Haben Sie einem Sonder- oder Zusatzversorgungssystem in der früheren DDR angehört ?

Hierzu zählen folgende Systeme:

Zusatzversorgungssysteme

1. Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz, eingeführt mit Wirkung vom 17. August 1950.

2. Zusätzliche Altersversorgung der Generaldirektoren der zentral geleiteten Kombinate und ihnen gleichgestellte Leiter zentral geleiteter Wirtschaftsorganisationen, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1986.
3. Zusätzliche Altersversorgung für verdienstvolle Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften und Leiter kooperativer Einrichtungen der Landwirtschaft, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1988.
4. Altersversorgung der Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen, eingeführt mit Wirkung vom 12. Juli 1951.
5. Altersversorgung der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin, eingeführt mit Wirkung vom 01. August 1951 bzw. 01. Januar 1952.
6. Altersversorgung der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und anderer Hochschulkader in konfessionellen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1979.
7. Freiwillige zusätzliche Versorgung für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und andere Hochschulkader in konfessionellen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, eingeführt mit Wirkung vom 01. Juli 1988.
8. Freiwillige zusätzliche Versorgung für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und andere Hochschulkader in staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens einschließlich der Apotheker in privaten Apotheken, eingeführt mit Wirkung vom 01. Juli 1988.
9. Altersversorgung der Ärzte und Zahnärzte in eigener Praxis, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1959.
10. Altersversorgung der Ärzte und Zahnärzte in privaten Einrichtungen des Gesundheitswesens, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1959.
11. Freiwillige zusätzliche Versorgung für Tierärzte und andere Hochschulkader in Einrichtungen des staatlichen Veterinärwesens, eingeführt mit Wirkung vom 01. Juli 1988.
12. Altersversorgung der Tierärzte in eigener Praxis, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1959.
13. Zusätzliche Versorgung der künstlerisch Beschäftigten des Rundfunks, Fernsehens, Filmwesens sowie des Staatszirkusses der DDR und des VEB Deutsche Schallplatte, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1986.
14. Zusätzliche Versorgung der künstlerisch Beschäftigten in Theatern, Orchestern und staatlichen Ensembles, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1986.
15. Zusätzliche Versorgung für freiberuflich tätige Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DDR, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1988.
16. Zusätzliche Altersversorgung für freischaffende bildende Künstler, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1989.
17. Zusätzliche Altersversorgung der Ballettmitglieder in staatlichen Einrichtungen, eingeführt mit Wirkung vom 01. September 1976.
18. Zusätzliche Altersversorgung der Pädagogen in Einrichtungen der Volks- und Berufsbildung, eingeführt mit Wirkung vom 01. September 1976.
19. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter des Staatsapparates, eingeführt mit Wirkung vom 01. März 1971.
20. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter gesellschaftlicher Organisationen, eingeführt mit Wirkung vom 01. Januar 1976, für hauptamtliche Mitarbeiter der Nationalen Front ab 01. Januar 1972.
21. Freiwillige zusätzliche Funktionärsunterstützung für hauptamtliche Mitarbeiter der Gewerkschaft FDGB, eingeführt mit Wirkung vom 01. April 1971.
22. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter der LDPD, eingeführt mit Wirkung vom 01. Oktober 1971.
23. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter der CDU, eingeführt mit Wirkung vom 01. Oktober 1971.
24. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter der DBD, eingeführt mit Wirkung vom 01. Oktober 1971.
25. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter der NDPD, eingeführt mit Wirkung vom 01. Oktober 1971.
26. Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter der SED/PDS, eingeführt mit Wirkung vom 01. August 1968.

Sonderversorgungssysteme

1. Sonderversorgung der Angehörigen der Nationalen Volksarmee, eingeführt mit Wirkung vom 01. Juli 1957.
2. Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs, eingeführt mit Wirkung vom 01. Juli 1954.
3. Sonderversorgung der Angehörigen der Zollverwaltung der DDR, eingeführt mit Wirkung vom 01. November 1970.
4. Sonderversorgung der Angehörigen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit, eingeführt mit Wirkung vom 01. März 1953.

Die Angaben dienen der Vervollständigung Ihres Rentenversicherungskontos.

c) Letzter Beitrag

Die Antwort ergibt sich aus den unter Buchst. a) angegebenen Unterlagen. Diese Frage ist bedeutsam für die Feststellung, welcher Versicherungsträger für die Auskunft über die in der gesetzlichen Rentenversicherung erworbenen Versorgungsanswartschaften zuständig ist.

d) Welchen Beruf üben Sie aus oder haben Sie zuletzt ausgeübt ?

Die Angaben dienen der Ermittlung des zuständigen Rentenversicherungsträgers.

e) Wird aus der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung eine Versichertenrente bezogen oder wurde eine solche beantragt ?

Diese Frage ist nur zu bejahen, wenn zur Zeit der Auskunft eine Versicherungsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wird oder wenn ein Rentenantrag gestellt worden ist. Die Frage ist dagegen auch dann zu verneinen, wenn eine Rente gezahlt wurde und diese bereits wieder weggefallen ist oder wenn eine Hinterbliebenenrente gezahlt wird.

Wird eine Versichertenrente gezahlt oder ist eine Versichertenrente beantragt worden, so ist außerdem der Rentenversicherungsträger anzugeben, der die Rente zahlt oder bei dem der Antrag bearbeitet wird.

C1 Zusätzliche Alters- und Invaliditätsversorgung für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes (Bund, Länder, Kommunen, Bahn, Post, kirchlicher Bereich)

1. Sind oder waren Sie bei einem Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes beschäftigt, der einer Zusatzversorgungseinrichtung des öffentlichen Dienstes angeschlossen ist oder eine andere betriebliche Altersversorgung zugesagt hat ?

nein ja, bei: Name und vollständige Anschrift der Zusatzversorgungseinrichtung

Versicherungsnummer:

Name und vollständige Anschrift des Arbeitgebers

2. Werden oder wurden solche Bezüge gezahlt ?

nein ja, von: a) _____ Versicherungs-Nr. _____

b) _____ Versicherungs-Nr. _____

C2 Betriebliche Altersversorgung

1. Sind oder waren Sie bei einem Arbeitgeber beschäftigt, der eine betriebliche Altersversorgung zugesagt hat ?

a) Hat der derzeitige Arbeitgeber eine Alters- oder Invaliditätsversorgung zugesagt ?

nein ja, wenn ja: Name und vollständige Anschrift des Arbeitgebers

Beginn des Arbeitsverhältnisses

Personal-Nr.

b) Hat ein früherer Arbeitgeber eine Alters- oder Invaliditätsversorgung zugesagt ?

nein ja, wenn ja: Name und vollständige Anschrift des Arbeitgebers

aa) _____
Beschäftigungsverhältnis von ... bis ...

Personal-Nr.

bb) _____
Beschäftigungsverhältnis von ... bis ...

Personal-Nr.

c) Bekommen Sie bereits Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ?

nein ja, wenn ja: Bezeichnung und vollständige Anschrift der für die Versorgung zuständigen Stelle

Bitte Versorgungsbescheid in Fotokopie beifügen

2. Sind Sie durch Ihren Arbeitgeber Mitglied in einem selbständigen Versorgungswerk (Pensions- oder Unterstützungskasse) ?

nein ja, wenn ja: Bezeichnung und vollständige Anschrift der für die Versorgung zuständigen Stelle

3. Hat Ihr Arbeitgeber für Sie eine Direktversicherung auf Rentenbasis bei einer Lebensversicherung abgeschlossen ?

nein ja, wenn ja: Einzelheiten bitte unter Abschnitt E angeben.

D Renten und Anwartschaften aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung, z. B. Versorgungswerke der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Notare u. Rechtsanwälte

1. Haben Sie eine Anwartschaft auf Leistungen aus einer Versorgungseinrichtung eines freien Berufs ?

nein ja, bei: Name und vollständige Anschrift sowie Geschäfts-Nr. der Versorgungseinrichtung

2. Wird Ihnen bereits eine Versorgung gewährt ?

nein ja (Falls ja: Bitte Versorgungsbescheid in Fotokopie beifügen.)

E Renten und Rentenanwartschaften auf Grund eines Lebensversicherungsvertrages

1. Haben Sie eine **Anwartschaft auf Rentenleistungen** aus einer privaten Versicherung einschließlich einer Zusatzversicherung, die auf die Zahlung einer Rente gerichtet ist ? (Bei mehreren Verträgen bitte Anlage verwenden)
 nein ja, bei: Name und vollständige Anschrift des Versicherungsunternehmens sowie Versicherungsnummer des Vertrages

Bitte auch ausfüllen, wenn bei einer Kapitallebensversicherung ein Wahlrecht zugunsten der Zahlung einer Rente ausgeübt worden ist.

2. Art der Versorgung:
 Renten- oder Pensionsversicherung. Beginn der Rente im Alter von _____ Jahren
 Versicherung wegen Berufsunfähigkeit.
 private Unfallversicherung.
(Bitte Versicherungsverträge in Fotokopie beifügen)

3. Beziehen Sie aus dem genannten Vertrag bereits eine Rente ?
 nein ja, wegen Erreichens der Altersgrenze Berufsunfähigkeit oder eines Unfalls
(Bitte Rentenbescheid in Fotokopie beifügen.)

4. Weitere Angaben zum Versicherungsvertrag:
 Versicherungsnehmer/in _____ Versicherte Person _____ Beitragszahler/in _____

Bezugsberechtigte/r _____ Ist das Bezugsrecht widerruflich ? nein ja

F Sonstige Ansprüche oder Anwartschaften auf Altersversorgung oder wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (z.B. Ansprüche auf ausländische Versorgungsungen, Abgeordnetenversorgung, Altershilfe für Landwirte, etc.)

1. Haben Sie sonstige Anwartschaften oder Ansprüche außer den unter Buchst. A – E genannten ?
 nein ja, bei: Name, vollständige Anschrift und Geschäfts-Nr. der Versorgungseinrichtung

Art der Versorgung: Altersrente ab Vollendung des _____ Lebensjahres
 Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit

2. Wird Ihnen bereits eine Versorgung gewährt ?
 nein ja Altersrente Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit
(Bitte Versorgungsbescheid in Fotokopie beifügen)

Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Fragebogen nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe. Mit der Weitergabe dieses Vordrucks an die unter A bis F bezeichneten Versorgungsträger zur Einholung von Auskünften über die für mich bestehenden Anrechte bin ich einverstanden.

Mir ist bekannt, dass ich zur Erteilung der zur Durchführung des Versorgungsausgleich erforderlichen Auskünfte gesetzlich verpflichtet bin und dass die Erteilung der Auskünfte gerichtlich erzwungen werden kann.

Datum

Unterschrift
